Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Bernhard Roos

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Ich rufe auf:

**Artikel 10 neu**

**"Verantwortung der Wirtschaft"**

Der Artikel 9, "Verantwortung der Wirtschaft", wurde durch den neu in das Gesetz aufgenommenen Artikel 9 zum neuen Artikel 10. Bezüglich der beschlossenen Änderung verweise ich auch hier auf den Beschluss zur Zweiten Lesung.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Stümpfig. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Der Abgeordnete Martin Stümpfig (GRÜNE) ist nicht zu sehen – Thomas Kreuzer (CSU): Wortmeldung verfallen!)

– Dann ist die Wortmeldung verfallen. Nächster Redner ist der Kollege Roos. Bitte schön, Herr Kollege.

**Bernhard Roos** (SPD): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser vermeintlich neue Artikel 10 ist im Endeffekt nur ein redaktionell leicht geänderter Artikel 9. Warum das so ist, kann uns die CSU-Fraktion, da sie sich im wilden Streik befindet, inklusive der von ihr getragenen Bayerischen Staatsregierung leider nicht mehr erläutern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wollen Unternehmen? Was will die Wirtschaft? Mit der "Wirtschaft" meine ich Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. – Investitionssicherheit! Die Investition in Menschen ist die edelste, die wir tätigen können. Ich darf an die Erwähnung der Kinder in der Bayerischen Verfassung erinnern. Werte Frau Präsidentin, Sie haben in Ihrer Rede im Staatstheater besonders betont, dass Kinder der Hauptreichtum unseres Volkes sind. Aber wenn es um Kinder geht, die noch nicht bayerische Kinder sind und es demnächst wohl werden, sperrt man sich.

Diversity Management, wie es neudeutsch heißt, fördert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Herr Goppel, ich darf Sie an Ihren Wortbeitrag von vorhin erinnern. Ob die Zahl jetzt exakt stimmt, weiß ich nicht, aber Sie haben gesagt: Die Hälfte der bayerischen Bevölkerung hat Migrationshintergrund – mehr oder weniger – oder Migrationsvordergrund, wie viele sagen. Das ist ein Vorteil für Bayern. Daraus resultiert die wirtschaftliche Stärke, die uns gegenüber anderen privilegiert. Begreift das endlich mal, liebe CSU!

(Beifall bei der SPD)

Da reicht es nicht, Integrationspreise zu verleihen. Man muss vielmehr den Unternehmen die Verlässlichkeit geben, dass sie das Invest in die Köpfe und Herzen dieser Menschen auch in Rendite ummünzen können; denn nur aus Menschenfreundlichkeit machen sie es nicht. Das kann man ihnen auch gar nicht vorwerfen. Beredtes Beispiel hierfür ist der Brandbrief zu der 3-plus-2-Regelung, den Ministerpräsident Seehofer von den Kammern, von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw – bekommen hat. Es ist doch wirklich ein Aberwitz, ein Treppenwitz der Geschichte, wenn man Menschen, die schon ausgebildet und integriert sind, abschiebt. Das ist gegenüber diesen Unternehmen regelrecht ein Torpedostoß.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Leitkultur. Seien wir doch ehrlich: Ein Migrant, der schon in Niederbayern integriert ist und nach Oberfranken kommt, erlebt sein blaues Wunder, weil dort plötzlich eine ganz andere Art von Leitkultur zu beherzigen ist. Da verlangen wir diesen Menschen viel zu viel ab, ohne dass wir es klar definieren können. Das wollten bzw. konnten Sie ja nicht.

(Unruhe)

Interkulturelle Kompetenz, Mehrsprachigkeit haben die Kirchen in ihrer Funktion als Arbeitgeber – –

(Anhaltende Unruhe)

– Ich bitte um Ruhe!

(Der Redner schlägt mit der Faust aufs Rednerpult – Glocke des Präsidenten – Zurufe von der CSU: Hey! Jetzt aber!)

– Das darf ich auch!

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Roos, über diese Frage entscheide ich und entscheiden nicht Sie.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Ja, genau! So ist es! – Volkmar Halbleib (SPD): Er darf doch wohl um Ruhe bitten! )

**Bernhard Roos** (SPD): Herr Präsident, Sie können darüber entscheiden, aber ich kann eine Bitte äußern.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt ein wunderbares Muster des Zusammenlebens

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

für ein gemeinsames Miteinander gegen das geplante Bayerische Integrationsgesetz. Es stammt aus der Feder von DGB und IG Metall, aus unserer gemeinsamen Feder: das Betriebsverfassungsgesetz. Es macht keinerlei Unterschiede bezüglich der Herkunft; es geht nur um die Kompetenz und um die menschlichen Fähigkeiten. Jeder wird gleichbehandelt. Daran sollte man sich ein Beispiel nehmen; das sollte der Maßstab sein. Die IG Metall München sagt – ich zitiere: Die Bayerische Staatsregierung verkennt, dass Werte Ergebnisse von Verhandlungsprozessen zwischen allen Menschen, die in Bayern und Deutschland leben, sind. Dazu gehören auch Menschen anderer Nationalität.

Der Gesetzentwurf lässt diese Bereitschaft absolut vermissen. Im Übrigen: Leitkultur widerspricht vor allem dem Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes:

> Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Der Begriff Leitkultur grenzt aus. Ich schließe damit: Das Bündnis für Integration, das die Bayerische Staatsregierung mit den Kammern und der vbw geschlossen hat, ist unvollständig. Die Arbeitnehmerseite gehört genauso dazu.

Allerletzter Punkt ist meine Forderung: Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz. Wenn wir auf Bundesebene ein solches hätten und Sie da mitmachen würden – es gibt sogar innerhalb der CSU-Bundestagsfraktion Vernünftige, die in diese Richtung denken, aber im Moment noch nicht denken dürfen –, könnten wir diesen Weg weitergehen. Dann haben wir neben dem völlig überfrachteten und fehleingesetzten Asylthema einen weiteren Kanal, der regulierte Zuwanderung zu uns ermöglichen würde. – Ich danke und bitte um Zustimmung, also um Ablehnung Ihres Antrags.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es geht um Artikel 10, "Verantwortung der Wirtschaft". Wer diesem Artikel 10 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen! – Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Artikel 10 so beschlossen.